

Steuerreform umfasst mehr als 3,2 Milliarden Euro

- Gewinnfreibetrag und Absetzbarkeit von Spenden lassen Volumen ansteigen.
- Länderprotest: Einnahmen sinken.

Wien. Das Volumen der Steuerreform erhöht sich von den geplanten 2,7 auf 3,21 Milliarden Euro: Grund ist zum einen die im Entwurf enthaltene Absetzbarkeit von Spenden (100 Millionen) sowie der Gewinnfreibetrag für Selbständige und Unternehmer von 300 Millionen Euro. Die Arbeiterkammer kritisierte die Maßnahme als „Sondersteuerreform für Unternehmer, die jedem Unternehmer eine mehr als doppelt so hohe Steuersenkung“ bringt wie einem einkommensgleichen Arbeitnehmer.

Kernpunkt der Steuerreform ist die Entlastung der Einkommensteuer in Höhe von 2,3 Milliarden Euro sowie Maßnahmen für Familien mit Kindern (510 Millionen).

Länder fordern Ersatz

Unmut regt sich indes in den Bundesländern: Diese erwarten durch die Steuerreform schon heuer Einnahmeherausfälle von 457 Millionen Euro und verlangen de-



Steuerreform: Kritik von Ländern und AK. Foto: bbox

ren Abgeltung durch den Bund. Wegen des nunmehr höheren Volumens verlangt die Tiroler Landesregierung in ihrer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf Verhandlungen über die neu dazugekommenen Beträge.

Tirol verweist außerdem darauf, dass durch das Konjunkturpaket II weitere Einnahmeherausfälle für die Länder durch die Einführung einer vorzeitigen Abschreibung für Abnutzung in den Jahren 2010 bis 2012 in der Höhe von 150 Millionen Euro entstehen.

Das Gratis-Kindergartenjahr und die Erwartung des Bundes, dass die Mittel für die regionale Beschäftigungsoffensive durch die Länder zu verdoppeln sind, würden zu weiteren finanziellen Belastungen der Landeshaushalte führen.

Auch Steiermark und Salzburg beklagen in ihren Stellungnahmen, dass das Volumen weit mehr als drei Milliarden Euro betragen werde und das Vorziehen um ein Jahr für die Landesbudgets nicht geplante finanzielle Folgen schon 2009 nach sich ziehe.

42 Finanzbeamte mehr

Durch die Steuerreform müssen mehr Beamte beschäftigt werden. Vor allem das Familienpaket, der Gewinnfreibetrag für Selbständige und die Spendenabsetzbarkeit führen in der Finanzverwaltung zu höheren Kosten. Konkret werden 42 Planposten mehr gebraucht, was rund 1,5 Millionen Euro pro Jahr kostet. Darauf weist der Rechnungshof in seiner Stellungnahme hin. ■